

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.  
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849.

Immer trebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einlösen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

## Mitgliederabstimmung.

Der Vorstand ordnet hiermit gemäß § 36 des Verbandsstatuts die bereits in Nr. 13 der „Ameise“ vom 27. März angekündigte Mitgliederabstimmung über den Antrag des Vorstandes und Verbandsbeirats, am 1. Juli d. J. unter den mit den Verbänden der Glasarbeiter und Fabrikarbeiter getroffenen Vereinbarungen den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband zu vollziehen.

Die Abstimmung muß überall in der Zeit von frühestens 4. Juni bis spätestens 14. Juni in den von der Zahlstellenverwaltung dazu bestimmten Tagen, Stunden und Lokalen stattfinden in gemeinsamen Zahlstellenversammlungen oder von der Verwaltung zugelassenen Betriebsversammlungen. Abstimmungen in Arbeitsräumen sind in jedem Falle unzulässig, in anderen Räumen des Betriebes (Kantinen, Speisesälen) zulässig.

Das Stattfinden der Abstimmungsverfammlungen ist den Mitgliedern in geeigneter Weise rechtzeitig, und zwar spätestens einen Tag vorher bekannt zu geben unter Angabe von Lokal, Beginn und Beendigung der Abstimmung.

In der Zahlstellenversammlung obliegt die Leitung der Abstimmung der Zahlstellenverwaltung. In Betriebsversammlungen muß die Leitung aus einem von der Zahlstelle beauftragten Verwaltungsmitglied als Vorsitzenden und zwei von den bei Beginn der Betriebsversammlung zu wählenden Beisitzern bestehen. Abstimmungsberechtigt sind alle Mitglieder. Die Abstimmung hat mittels Stimmzettel zu erfolgen. Zur Abstimmung steht nur die eine Frage: „Ist der Anschluß an den Fabrikarbeiterverband am 1. Juli d. J. zu vollziehen?“ Abänderungen bezw. Ergänzungen der Frage sind unzulässig. Die gestellte Frage ist auf dem Stimmzettel nur entweder mit „Ja“ oder mit „Nein“ zu beantworten. Stimmzettel, die mehr Aufschrift enthalten als ja oder nein, sind als ungültig zu zählen. Abgegebene weiße Zettel sind besonders zu zählen.

Entscheidend für das Resultat der Abstimmung im Gesamtverbande ist die Mehrheit aller abgegebenen gültigen Stimmen.

Abstimmungsergebnisse der Zahlstellenversammlungen sind sofort nach den Versammlungen an den Verbandschriftführer Albin Karl einzusenden; Abstimmungsergebnisse von Betriebsversammlungen sind sofort an den Zahlstellenkassierer und von diesem unter Aufstellung und Aufrechnung der Betriebsergebnisse ebenfalls an den Verbandschriftführer einzusenden.

Die Einsendungen an den Verbandschriftführer müssen zur Vermeidung der Ungültigkeit bis spätestens am 18. Juni vollzogen sein.

Formulare zur Berichterstattung über die Abstimmungsergebnisse an den Vorstand werden den Zahlstellenkassierern vom Verbandsbüro rechtzeitig zugestellt.

Der Vorstand. J. A.: Georg Wollmann.

## Weitere Bekenntnisse zur Verschmelzung.

### Zur Kritik in der Verschmelzungsfrage.

Von Georg Wollmann.

Nachdem ich in der vorigen Nummer der „Ameise“ darlegte, daß die Generalversammlung dem Vorstandsvorstand und Beirat jeder durch die Diskussion noch durch einen Beschluß den Weg zum Baugewerksbund gewiesen habe, kamen in derselben Nummer einige Spalten nach mir die Genossen Mierischke und Wollmann zum Wort und behaupteten ihrerseits nochmals, daß der Vorstand den gewiesenen Weg nicht gegangen sei, und mußte ich mich deshalb nochmals mit dieser Behauptung beschäftigen. Wollmann kleidet seine Behauptung in die etwas schleierhafte Frage: „Haben unsere Delegierten nicht eindeutig gezeigt, welcher Weg beschritten werden soll, wenn der erste Teil des Antrags 73 nicht verwirklicht werden könnte?“ Dabei fällt mir ein, daß Wollmann nicht von einer Wegweisung durch die Generalversammlung, sondern durch die Delegierten spricht, und ich nehme deshalb an, daß auch er sich damit folgende Behauptung Mierischkes zu eigen macht: „Zuletzt noch hat der bedauerlicherweise zu spät eingebrachte Antrag den Weg, der gegangen werden sollte, in entschiedener Weise umrissen.“ Mierischke fügt hinzu: „Dieses Einverständnis hat sich wohl auch der Kollege Wollmann nicht ohne seine Worte nach der Abstimmung nicht erwehren können.“ Wenn man mit dieser neuen Behauptung erst jetzt in die Öffentlichkeit tritt, so darf man doch überzeugt sein, daß man schon immer damit freibien gegangen ist. Ich bin deshalb geradezu dankbar, daß mir Genosse Mierischke nunmehr Gelegenheit gibt, darauf einzugehen. Es handelt sich um folgenden Antrag:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstandsvorstand, zur Verwirklichung der Anträge 67 und 73 Stellung zu nehmen und eine Befragung der Mitglieder wegen eines Anschlusses an den Baugewerksbund vorzubereiten.“

Zunächst geht aus diesem Antrag hervor, daß auch er nicht dem Vorstand Verhandlungen mit dem Baugewerksbund vorzuziehen wollte, sondern daß erst die Mitglieder zu befragen gewesen wären, ob Verhandlungen nach dieser Richtung aufgenommen werden. Der Antrag war, wie Mierischke sagt, „bezüglicher Weise“ zu spät eingebracht und zwar, nachdem die ganze Verschmelzungsdebatte bereits abgeschlossen war und ich als Schlusswort dazu gesprochen hatte. Er mußte deshalb, wie das ein Wort darüber geredet werden konnte, als unzulässig erklärt werden. Ehe ich den Wert dieses Antrages als neues Beweismittel gegen den Vorstand untersuche, stelle ich mich, daß er vorzüglich geeignet ist, die früheren Behauptungen, die schon durch die Diskussion (welche Behauptung Mierischke wiederholt) und den angenommenen Antrag 73 Dresden der Vorstand bestimmt auf den Baugewerksbund hingewiesen sei, ebenfalls totzuschlagen; denn wäre das der Fall gewesen, welchen Sinn hätte es dann noch gehabt, nach dieser Diskussion neben dem Antrag Dresden von Anhängern des Baugewerksbundes einen solchen Antrag, der in sehr bedingter Form von der Richtungsangabe zum Baugewerksbund spricht, stellen zu wollen, wenn er angeblich schon im Antrag Dresden enthalten gewesen sein soll. Bewiesen ist damit, daß die Antragsteller, darunter doch vor allen Dingen auch die festen Anhänger des Baugewerksbundes, sich bewußt waren, daß letzteres nicht der Fall war. Damit sind die alten Behauptungen, die ich endgültig ins Reich der Märchen verwies.

Mierischke behauptet nun neuerdings, der genannte Antrag habe den Weg, der gegangen werden sollte, in entschiedener Weise „umrissen“. Er betont dabei nicht unnötig, daß er selbst nicht auf der Generalversammlung war, aber diese Tatsache sollte ihn davor warnen sollen, solche Beweisführung zu unternehmen. Daß ihm Vorsicht sonst nicht fremd ist, geht daraus hervor, daß er sagt, den Weg „umrissen“, er sagt nicht bestimmt der festgelegt.

Der Antrag war auf dem Zirkulationswege zustande gekommen. Er ging, wie schon gesagt, der Leitung der General-

versammlung zu, als die Diskussion über die Verschmelzungsfrage mein Schlusswort dazu beendet und die Abstimmung vorzunehmen war. Auch die Tatsache, daß ein solcher Antrag geplant und im Umlauf war, hatte man dem Präsidium sorgfältig verschwiegen. Ein zu spät eingereichter Antrag muß selbstverständlich als unzulässig erklärt werden, weil er nicht mehr diskutiert, also nicht mehr gepriift werden, ihm nicht

### Es geht ein Brausen durch die Welt!

Es geht ein Brausen durch die Welt,  
Ein Rausch der Blütenräume.  
Die Schönheit schwärmt durch Wald und Feld  
Und durch die blauen Räume.  
Das Leben jauchzt, die Sonne lacht,  
Der Schöpfung wunderbare Pracht  
Macht Herz und Auge trunken.  
Im märchenhaften Uberschwang  
Strömt Lust und Duft, klingl'ng und Klang.  
Und in die bunte Farbentracht  
Ist Sinn und Bild versunken.

Es geht ein Brausen durch die Welt,  
Ein Rausch von neuen Dingen,  
Der Pfingstgeist neuen Glaubens schnell  
Weltum auf Adlerschwüngen.  
Zehntausendalter Unerwartung  
Berglumpt in seinem Feuerbrand,  
In seinen Feuerzungen.  
Die Herrschaft alter Götter wankt,  
Der Turm der alten Knechtschaft schwankt,  
Der neue Geist hält Hirn und Hand  
Pfingstheiligend umschlungen.

Es geht ein Brausen durch die Welt,  
Ein Rausch aus dunklen Tiefen.  
Millionen sind ins Licht gestellt,  
Die nach Erlösung riefen.  
Millionen hat der Geist gekrönt,  
Der Geist, den die Gewalt verhöhnt,  
Der Geist der neuen Lehre,  
Daß jeder Mensch im Menschenstaat  
Ein Recht auf Daseinsfreude hat,  
Die seinen Lebensgang verschönt  
Und seine Erbenschwere!

Victor Rasnowski.

mehr evtl. ein anderer gegenübergestellt werden kann (was zu tun in diesem Falle nicht nur eine Kleinigkeit, sondern auch eine Selbstverständlichkeit für seine Gegner gewesen wäre). Es wäre auch den einzelnen Unterzeichnern des Antrages keine Möglichkeit gegeben, im Verlauf einer Diskussion über den neuen Antrag ihre Unterschrift zurückzuziehen (es werden oft Anträge selbst von Gegnern derselben mit unterschrieben, nur damit sie einmal grundsätzlich diskutiert werden). Ich kann hierbei auch auf das Beispiel der Zahlstelle Dresden verweisen, die es ihren Delegierten verübelt hat, daß sie sich durch die Diskussion nicht veranlaßt sahen, den Antrag 73 Dresden, Abs. 1, zurückzuziehen. Hätte der Antrag rechtzeitig vorgelegen, dann

hätte auch ich als Referent und Vertreter des Vorstandsvorstandes dazu Stellung nehmen können und müssen, und ich wäre dann notgedrungen aus meiner Reserve im Richtungsstreit herausgetreten; und wieviel Befürworter des Baugewerksbundes auch von den Unterzeichnern des Antrages übrig geblieben wären, das hätte dann die Abstimmung erweisen müssen.

Ist ein Antrag als unzulässig erklärt, gleichviel aus welchen Gründen, dann wird er wie in diesem Falle als nicht vorhanden betrachtet und hat keinen höheren Wert, als wenn er gar nicht eingereicht worden wäre. Er gilt auch nicht als Empfehlung, selbst nicht als Meinungsäußerung. Man braucht gar nicht auf der Generalversammlung gewesen zu sein, um vor den falschen Schlussfolgerungen Mierischkes bewahrt zu bleiben; denn die von mir „umrissenen“ parlamentarischen Regeln für die Bewertung eines als unzulässig erklärten Antrages gelten überall, auch in jeder Zahlstellenversammlung.

Aber Mierischke will ja seine Ansicht beweiskräftiger machen dadurch, daß ich nach der Abstimmung über Antrag 73 Dresden einigemmaßen in Verlegenheit war. Das letztere ist richtig. Aber das war nicht der Fall, weil ich angenommen hätte, daß der Beschluß Verhandlungen mit dem Baugewerksbund anordnete; denn das konnte ich, wie ich wiederholt nachgewiesen habe, gar nicht annehmen. Um was es sich vielmehr handelte, will ich aus dem gedruckten Protokoll herausheben. Da steht auf Seite 105:

„Der Antrag des Vorstandes wird abgelehnt.“ „Der Antrag 73 Dresden wird einstimmig angenommen (S. 105)“ (S. 105). Zitat: Das ist ja dasselbe, was der Vorstand wollte! Widerspruch.“

Wollmann: „Die Frage der Industrieverbände ist für heute erledigt. Der Vorstand wird ja nun Schritte unternehmen. Das ist der Auftrag. Wohin — was die Mitglieder unter diesem Antrag verstehen, nicht was die Generalversammlung darunter verstanden hat, ist nun ausschlaggebend. Das heißt, das wissen wir auch noch nicht einmal. Ausschlaggebend ist, was die Mitglieder darüber denken, und wir werden den lieben Gott bitten, daß er uns hilft, das zu ergründen. Das wird sehr schwer sein. Aber für jetzt ist die Frage entschieden.“

Es war dadurch, daß der Antrag des Vorstandes (Gründung eines selbständigen Keramarbeiterverbandes) abgelehnt, der Antrag Dresden, der im ersten Absatz den gleichen Antrag enthält, aber vollständig angenommen war, eine durchaus unklare Situation entstanden. Ich sah voraus, daß der Vorstand später mit diesem Beschluß nichts anfangen konnte. Ich mußte damit rechnen, daß die Meinungen im Vorstand und erst recht bei den Mitgliedern geteilt sein werden darüber, ob mit der Ablehnung des Vorstandsantrages auch der erste Absatz des Antrages Dresden gegenstandslos geworden sei, trotzdem er im Gesamtantrag 73 angenommen war. Nur diese Eindrücke konnte ich mich nach der Abstimmung nicht erwehren. Auch bei den Delegierten mußte der Zweifel schon vorhanden sein, was sich aus den oben bezeichneten Grundgedanken aus der Mille der Generalversammlung unmittelbar nach Annahme des Antrages Dresden (Heiterkeit, Zitat: Das ist dasselbe, was der Vorstand wollte! Widerspruch) erkennen läßt. Diese Zweifel zu klären, wäre nach der Generalversammlung viel schwieriger gewesen als die bis jetzt öffentlich untrüben (wenn wohl aber endgültig erlebigen), ob ein Beschluß für den Baugewerksbund vorlag. Auch Meinungen von Delegierten, Vorstandsmitgliedern und auch Vertretern der anderen Verbände bestätigten mir bald die Verschiedenheit der Meinungen. Ich habe deshalb zwei Tage nach dem betreffenden Beschluß die Generalversammlung noch besonders entscheiden lassen, ob der Antrag des Vorstandes durch seine Ablehnung gegenstandslos geworden oder nur bezwungen abgelehnt worden sei, weil er im Antrag Dresden mitenthalten war. Die Generalversammlung bestätigte das letztere, und damit war die Arbeit geschaffen, daß zunächst der Keramarbeiterverband angestrebt werden sollte. Das



Zusammengefüge wieder auseinanderbeschließen würden. Es genügte dazu die Ablehnung eines einzigen Paragraphen durch eine Organisation. Eine gemeinsame Generalversammlung aller drei Verbände verurteilte beträchtliche Kosten, und der Erfolg wäre sehr zweifelhaft (siehe unsere Erfahrungen mit den Glasarbeitern und Töpfern), weil die Gegenfrage erst auf der Generalversammlung voll in Erscheinung treten und durch Änderungsanträge noch vermehrt werden. Warum wir nicht viel Zeit eventuell unnötig aufwenden konnten, brauche ich nicht nochmals vorzuführen. Also es hat nicht der Fabrikarbeiterverband auf sein Statut „gepocht“, weil wir und die Glasarbeiter „nur Verbänden“ seien. Vielmehr waren wir mit den Glasarbeitern in Anbetracht unserer Erfahrungen und gemeinsamen Auffassung übereingekommen, das Statut des Fabrikarbeiterverbandes anzunehmen, das um so leichter, als die beiden Verbände die Mitglieder und Zustände (siehe unsere letzte Generalversammlung) auf das Statut bei der Verschmelzung keine große Bedeutung zu legen schienen. Wir sowohl als die Glasarbeiter haben angenommen, daß unsere Mitglieder es anerkennen würden, wenn wir nicht wieder in den alten Statutenstreit verfielen. Wir glauben auch heute noch, daß es die große Mehrheit unserer Mitglieder jetzt noch tut.

Die Befürchtung, daß, wenn es uns jetzt nicht vorher möglich war, es uns nach der Verschmelzung niemals möglich sein wird, an der Umgestaltung des Statuts in unserem Sinne mit irgendwelchem Erfolge mitzuarbeiten, weil wir als Minderheit hineingehen und immer eine Minderheit bleiben werden, ist durchaus abwegig. Die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sind oder bleiben uns gegenüber doch nicht eine geschlossene Masse, dieselben Ideen, die wir haben, finden wir dort unter Hunderttausenden bestimmt schon vor, wenn auch event. nur bei einer Minderheit. Die letztere in gewissen Fragen durch uns zur Mehrheit zu machen, kann doch dem nicht zweifelhaft sein, wer daran glaubt und schließlich Erfahrung darin hat, daß Gutes und Brauchbares sich durchsetzt, weil es eine Notwendigkeit ist. Es ist verfehlt, in der Frage des Statuts wie auch in anderen Dingen von einer zu erwartenden Majorisierung zu reden. Gewiß, sie ist theoretisch denkbar, aber wer in seiner Befürchtung dem unfehlbar aus dem Wege gehen will, der muß nicht wünschen, daß wir uns mit einer weit größeren Organisation verschmelzen, sondern mit einer möglichst kleineren, wo wir — majorisieren könnten. Den letzteren Gedanken werden unsere Mitglieder natürlich entrisstet zurückweisen. Schließlich verschmelzen wir uns doch auch nicht mit dem Teufel, sondern mit einer Gewerkschaft, deren Ziel ist und sein muß, wie bisher bei uns, das Beste zu schaffen für alle Mitglieder. Er kann es nicht wollen und könnte es auch nicht durchsetzen, 100 000 in Branchen gruppierte Mitglieder dauernd in Aufrufen zu erhalten. Wer gar kein Vertrauen auf die gemeinsame Organisation haben will, dem wäre ja auch nicht geholfen, wenn uns die Fabrikarbeiterverband ein Statut ganz nach unserem Willen schaffen würde, das er später dann doch wieder vollständig gegen unseren Willen gestalten könnte — durch Majorisierung. Das sind so Wesirchtungen, wie wir sie in den Anfangsstadien unserer Organisation und besonders vor Verschmelzungen auch bei uns wahrnehmen konnten. Das hat sich immer recht bald als unnötige Befürchtung herausgestellt. Die Interessengemeinschaft erwies sich immer als größer, als man vorher glaubte.

„Ampffähigkeit! Schlagkraft!“ Manche glauben, eine unterschiedliche Kampffähigkeit des Fabrikarbeiterverbandes und des Baugewerksbundes schon aus deren Statuten ableiten zu können; andere urteilen nach den ihnen bekanntgewordenen Arbeitsverdiensten der Mitglieder. Beides kann täuschen. Man muß da viel mehr wissen. Vor allen Dingen über reicht es nicht aus zur Beurteilung der Frage, in welcher der beiden Organisationen nach einer Verschmelzung mit ihr die größere Kampffähigkeit gewinnen, ein größerer Teil ihrer bisher gezeigten Kampfkraft uns zugute kommen würde. Die dem Baugewerksbund den Vorzug geben wollen, stützen sich auf die höheren Durchschnittslöhne und die sich daraus ergebenden höheren Durchschnittsbeiträge und schließen daraus und aus der Tatsache, daß es sich größtenteils um gelernte, schwerere in ersehende Arbeiter handelt, auf einen höheren Kampfesmut, Kampfeswillen und größere Kampfmöglichkeit. All das zugegeben, wird man aber nicht bestreiten können, daß die verhältnismäßig hohen Löhne zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß die Bauarbeiter gelernte Saisonarbeiter sind. Dabei erringen sie mit ihrer Latil und ihrem Glau ihre Erträge. Sind sie dadurch in der Lage, für ihre Organisationszwecke größere Mittel aufzubringen, die für einen Kampf greifbar sind, so sind sie aber andererseits genötigt, für die regelmäßige Zeit der Arbeitslosigkeit im Winter größere Reserven zurückzulegen. Die Kampffähigkeit der Bauarbeiter kann uns in unseren Kämpfen nicht helfen, wir müssen unsere Kämpfe allein austragen. Ihre Latil könnte uns nichts nützen, weil der Kampfssphäre in den Fabriken als Dauerbetriebe ein anderer ist, als bei ihnen. Es würde uns gar nichts helfen, daß Bauarbeiter als Gelernte schwerer zu ersehen sind, als unsere angelernten Betriebsarbeiter. Bei uns kommt in Frage, wie weit unsere Arbeiter zu ersehen sind, und da müssen wir für uns die gleich große Pflicht erkennen, die Angelernten zu organisieren, wie der Fabrikarbeiterverband. Wir haben für die übergroße Mehrheit unserer Betriebsarbeiter, das sind die Ungelehrten, nämlich wie weiblich, das gleiche Rekrutierungsgebiet wie der Fabrikarbeiterverband. Wir müssen aus Selbsthaltungstrieb und Solidarität es als unsere dringliche Aufgabe betrachten, den Interessen der Angelernten nach allen Möglichkeiten zu dienen. Das ist Arbeitersolidarität. Das den Angelernten hörbar zu betonen und sichtbar machen zu wollen, weist uns hin zum Fabrikarbeiterverband. Das Stützen in der Hauptsache auf die Gelernten, die Betonung der Vortragsfähigkeit der Interessen der Gelernten, das Streben von Gelernten zu Gelernten, früher Bünntige genannt, ist Gelerntenolidarität, Punktsolidarität. Nur wenige Gelernte hängen ihr noch ausschließlich an, fast alle haben sie längst ausgebeutet auf die Angelernten, erweitert zur Arbeitersolidarität. Ich kann nicht einsehen, daß wir mit dieser im Fabrikarbeiterverband nicht kampffähig sein sollen, und daß dort für unsere Kämpfe weniger materielle Mittel uns zur Verfügung stehen sollten, als im Baugewerksbund.

„Was geschieht, wenn die Verschmelzung nicht dem FAV abgelehnt wird?“ Niemand sagt: kommt diese Verschmelzung nicht, dann kommt zweifellos die andere, weil sich der Baugewerksbund dann melden und der FAV treiben wird. Nach meiner Meinung wird er sich trennen. Ganz gleich, welcher Verband die nächsten Verhandlungen veranlassen würde, in jedem Falle würden wieder die Vertreter aller vier interessierten Verbände am Verhandlungstisch zusammenkommen, und das Ergebnis würde, weil Bundesangelegenheiten und organisatorische Voraussetzungen und Gebundenheiten keine andere wären, wie vordem, nur das gleiche sein können, wie diesmal, oder es kommt überhaupt zu keinem Ergebnis. Dann isoliert zu bleiben, würden wir gelegentlich schwerer empfinden müssen, als vorher, ehe wir daran dachten, unsere selbständige Organisation aufzugeben.

### Glasarbeiter und Neuregung der Beiträge im Fabrikarbeiterverband.

Im „Nachgeboten“ wurde ebenfalls der Artikel „Der Fabrikarbeiterverband zur Verschmelzungsfrage“ gebracht. Dazu veröffentlichte die Leitung des Glasarbeiterverbandes ihre Stellungnahme in folgenden Darlegungen:  
„In den Ausführungen des Fabrikarbeiterverbandes möchten wir noch einiges anführen. In unserer letzten Beiratssitzung wurden die hohen Unterstützungssätze des Fabrikarbeiterverbandes bemängelt und der Wunsch ausgedrückt, daß ein

Abbau dieser Unterstützungssätze eintreten möchte. Diesem Wunsch ist der Fabrikarbeiterverband gefolgt. Allerdings hatten wir eine anderweitige Regelung gewünscht. Wir hatten dabei nicht an eine Erhöhung der Beiträge gedacht, sondern an einen Abbau der Unterstützungen bei gleichbleibendem Beitrag. Der Fabrikarbeiterverband hatte aber bei der Ausschreibung seiner Extrastufen das Versprechen an seine Mitglieder gegeben, die alten Unterstützungssätze weiter zahlen zu wollen. Ob dieses Versprechen voll eingehalten werden kann, wird abhängen von der Dauer der Stärke der gegenwärtigen Krise. Jedenfalls befand sich der Vorstand der Fabrikarbeiter in einer gewissen Zwangslage seinen Mitgliedern gegenüber.

Um auch unseren Mitgliedern den Uebertritt nicht zu schwer zu machen, sagt der Fabrikarbeiterverband, daß den neu hinzukommenden Mitgliedern des Porzellan- und Glasarbeiterverbandes die Freiheit gegeben werden soll, entweder in ihrer bis jetzt gezahlten Beitragsklasse zu verbleiben und damit einen Abbau der bisherigen Unterstützungssätze des Fabrikarbeiterverbandes hinzunehmen oder sich die höheren Unterstützungen zu sichern, wenn sie einen etwas höheren Beitrag zahlen. Nach unserer ganzen bisherigen Stellungnahme können wir unseren Mitgliedern nur dringend empfehlen, lieber einen etwas höheren Beitrag in Kauf zu nehmen, um so mehr, als die Erhöhung in den unteren Klassen nur minimal ist und nur bei den höheren Klassen, die an sich von leistungsfähigeren Kollegen gezahlt werden, sich etwas stärker auswirkt.

Für die Jugendlichen, die als Lehrlinge oder in einem lehrlingsähnlichen Verhältnis beschäftigt werden, werden im Fabrikarbeiterverband nur 10 Kf. pro Woche erhoben. Der 20 Kf.-Beitrag fällt fort; er ist aber auch in unserer Organisation nicht mehr zu halten; wir brauchen seiner Abschaffung keine Träne nachzuweinen.

Noch einige Worte zur Unterstützungsfrage. Bei der Streitunterstützung würden unsere Mitglieder mit den augenblicklich gezahlten Beiträgen im Fabrikarbeiterverband auch nach der neuen Regelung nicht schlechter, sondern noch besser gestellt sein als bei uns. Vor allem trifft dies auf die alten Mitglieder zu. Bei den jüngeren Mitgliedern käme nur in den oberen Klassen eine kleine Verschlechterung in Frage.

Bei der Erwerbslosenunterstützung käme scheinbar ein Abbau in Betracht, der aber dadurch wettgemacht wird, daß die Mitglieder bei der Erwerbslosenunterstützung auch bei Krankheitsfällen Unterstützung erhalten, was bei uns nicht der Fall ist. Bei den älteren Mitgliedern tritt aber selbst hierbei ein Abbau nicht ein, sondern die Mitglieder gewinnen das Anrecht auf Krankenunterstützung.

Bei all diesen Erwägungen muß man sich aber immer wieder vor Augen halten, daß es fraglich bleibt, wieweil die Gewerkschaften überhaupt in der Lage sein werden, die Unterstützungen in bisheriger Weise auf lange Zeit weiter zu zahlen, wenn die Krise in der jetzigen Stärke anhält oder sich noch verschärft.

Jedenfalls muß der gute Wille des Fabrikarbeiterverbandes anerkannt werden, eine Verständigung zu schaffen.“

### Stimmt geschlossen für den Anschluß an den FAV!

Die Versammlung der Zahlstelle Rudolstadt am 10. Mai beschäftigte sich in eingehender Weise mit der Zusammenlegung verschiedener Branchen zu einem keramischen Bund innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes.

Nach erfolgter Erläuterung über Zweck und Ziel der Verschmelzung nach dem Entwurf, wie dieser vom Vorstand und Beirat in der „Ameise“ erschienen ist, fanden es alle Redner als ein Bedürfnis, zu erklären, daß der Anschluß an den Fabrikarbeiterverband recht bald zur Tatsache werden möge. Nebenbei feierliche Art, wie von den Zahlstellen Dresden und Telfenfurt angeführt wurden, um diese so wichtige Frage vielleicht wieder auf Jahre hinaus zu verschieben, können uns nicht veranlassen, das große Ziel zu verlassen und die vom Vorstand und Beirat unter soviel Mühe und Arbeit zustande gebrachten Einigungsbestrebungen wieder auseinander zu reißen. Die Versammlung sieht in dem Entwurf, wie er in der „Ameise“ Nr. 13 erschienen ist, eine geeignete Grundlage, um die so notwendige Verschmelzung zustande zu bringen und wird bei der Abstimmung alles aufbieten, daß die Verschmelzung zur Annahme gelangt.

Für die Mitglieder der Zahlstelle Rudolstadt kann nicht in Frage kommen, welcher größeren Organisation man sich bestenfalls anschließen könnte; für sie bleibt es maßgebend, daß der Anschluß recht bald kommt, und dazu sind die Richtlinien gegeben, die mit der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes getroffen wurden. Wenn durch eine Entscheidung der Mitglieder dieser Zusammenhänge zustande kommt und nicht gleich alles nach unseren Wünschen gehen kann, so wird das jeder einseitige Gewerkschaftler verstehen; dann muß eben bei den Branchenzusammenkünften und in Mitgliederversammlungen darauf hingearbeitet werden, diesen zu befechtigen; oder glauben vielleicht die Mitglieder, die den Anschluß an den Baugewerksbund propagieren, daß es da anders sein würde? Deshalb, Mitglieder, tut am Tage der Abstimmung eure Pflicht und stimmt geschlossen für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband.

Die hiesigen Porzellanarbeiter stellen sich deshalb geschlossen hinter die Resolution ihrer königlichen Mitglieder, veröffentlicht in Nr. 18 der „Ameise“.

### Den Grundlagen und der Sonderfassung zum keramischen Bund zugestimmt.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte in Magdeburg im Wintergarten eine Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks „Nord- und Mitteldeutschland“, die von den Zahlstellen Althaldensleben, Annaburg, Berlin, Osterwerda, Elmshorn, Frankfurt a. d. O., Döber, Hennigsdorf, Lettin, Magdeburg, Neuhaldensleben, Nohla, Bad Schmiedeberg, Zeltow, Wetzlar, Varchau und Wittenberg durch 28 Delegierte besucht war. In einem vorzüglich angelegten Referat referierte Kollege Apel vom Hauptvorstand über die Verschmelzungsfrage. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich fast alle Vertreter. Ohne Ausnahme stimmten sie alle dem Referenten und damit der Verschmelzung zu. Selbst einige Vertreter, in deren Zahlstellen noch keine Klarheit besteht, wurden durch das Referat überzeugt, daß nur der keramische Bund im Fabrikarbeiterverband die in Frage kommende Organisationsform sein kann. In ihren Zahlstellen wollen sie sich dafür einsetzen, daß die Mitglieder diesem zustimmen. Einstimmig erklärten sich die Vertreter für den keramischen Bund und für die folgende Resolution:

Die am 16. Mai in Magdeburg tagende Konferenz des Agitationsbezirks Mittel- und Norddeutschland, besucht von 28 Vertretern aus 16 Zahlstellen, beschließt nach einem ausführlichen Referat des Kollegen Apel vom Hauptvorstand über die Verschmelzungsfrage, den vom Vorstand und Beirat anerkannten Grundlagen und der Sonderfassung zur Bildung eines keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband zuzustimmen.

Durch die Verschmelzung muß die Tätigkeit im neuen Verband in folgender Richtung vor sich gehen:  
Erhöhung der Kampfkraft, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft, Ausbau der Kampforganisation, Einschränkung des Unterdrückungswesens, Außerordentlicher Verbandstag zur Regelung der Hauptfragen sofort nach der Verschmelzung.

### Für Zusammenschluß im FAV.

Zur Verschmelzungsfrage wird von der Zahlstelle Berlin-Charlottenburg zum 6. Mai eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, in der der Kollege Apel vom

Hauptvorstand referierte. Seine Ausführungen zum genannten Thema waren lehrreich und überzeugend.

Dem Referenten wurde für seine Darlegungen, die er mit Begeisterung vortrug, dadurch gedankt, daß sich auch nicht ein Kollege in der Diskussion gegen seine Meinung aussprach. Von allen Diskussionsrednern wurde versucht, die geschlossene Waffe durch Änderungsanträge zum Statut zu heben.

Folgende Wünsche wurden der Verhandlungskommission mit auf den Weg gegeben:

Möglichst bald einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, um dort das Statut dem neuen, verschärften Verband anzupassen. — Änderungen sollen dahingehend getroffen werden, daß das Versicherungswesen zugunsten des Kampffonds abgebaut wird, um dadurch Beitragserhöhungen zu vermeiden. — Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen. — Maßnahmen zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Versammlung war der festen Ueberzeugung, daß ihre Forderungen zur Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft und zum Aufstieg des Sozialismus beitragen.

### Anschluß an den FAV richtig.

Die Versammlung der Zahlstelle Bayreuth vom 24. April beschäftigte sich eingehend mit der Verschmelzungsfrage. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Zahlstelle Bayreuth bekräftigt die Vorschläge des Hauptvorstandes und Beirates und erblickt in dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband das einfache und richtige.

### Auch ein Standpunkt!

In der Verwaltungssitzung der Zahlstelle Oschab vom 5. 5. 1926 wurde der einmütige Beschluß gefaßt, daß zur Verschmelzungsfrage für den keramischen Bund ein einheitliches Statut geschaffen wird. Wir erachten den Stundenlohnbeitrag als das wirksamste Mittel zur Erhaltung und zur Gewinnung von Mitgliedern.

### Der Generalfreie in England beendet.

Der gewerkschaftliche Großkampf, den die englischen Gewerkschaften zur Unterstützung der Bergarbeiter in England durchführten, löste in fast allen Staaten der Welt Sympathiebewegungen und den Solidaritätsbeifall der organisierten Arbeiter aus. Auf Veranlassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden Hilfsmittel zur Unterstützung der kämpfenden gesammelt, deren Uebermittlung infolge des Abbruchs des Streiks wohl nicht mehr notwendig sein wird. Es ist aber außerordentlich erfreulich, wie auch innerhalb der Arbeiterchaft der Solidaritätsgedanke ist, und wie Opfer auf sich genommen werden, trotz aller Schwierigkeiten.

Wie glänzend in England selbst die Einheit der Arbeiterchaft durch diese Kraftprobe beeinflusst und angeregt wurde, läßt ein Bericht erkennen, den der Internationale Gewerkschaftsbund herausgegeben hat. Darin heißt es u. a.:

„Als die Verhandlungen in England auf dem toten Punkt anlangten, weil die Regierung eine Herabsetzung des Minimallohnes erzwingen wollte, anstatt zunächst einmal Garantien zu geben, daß die im Bericht der königlichen Kohlenkommission vorgelegene Reorganisation der Kohlenindustrie auch wirklich durchgeführt wird, beschloß die dem britischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen, unmittelbar bei Ausbruch des Streiks am 1. Mai ihre Streikvollmachten sowie die vollständige Kontrolle über ihre finanziellen Mittel dem Generalrat zu übertragen.“

Dieser Beschluß ist einzig dastehend, national und international. Ueber seine wahre Bedeutung wird man sich klar, wenn man bedenkt, daß der britische Gewerkschaftsbund ursprünglich und bis vor kurzer Zeit auf viel loserer Grundlage organisiert war, als die Landeszentralen der meisten anderen Länder. Der britische Gewerkschaftsbund, der eigentlich den Namen britischer Gewerkschaftskongress führt, hatte zu Beginn lediglich die Form einer Jahresversammlung der angeschlossenen Verbände; die Kongressreglemente waren seine Statuten. Der Gewerkschaftsbund hat sich auch heute noch den Charakter der Freiwilligkeit bewahrt. Der Britische Gewerkschaftsbund ist vor allem eine beratende Körperschaft. Trotzdem dem Generalrat ziemlich weitgehende Vollmachten übertragen sind, übt er nicht so sehr eine durch die Disziplin bedingte Wirksamkeit, sondern eher eine moralische Gewalt aus. Es ist nicht der Generalrat gewesen, der immer weitere Vollmachten verlangt hat, sondern die angeschlossenen Verbände haben ihm diese überwiesen. Daß sie es getan haben, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Generalrat in allen seinen Bestrebungen immer äußerst tatkraftvoll vorging. Ueberall war er zur Hilfe, Vermittlung und Schlichtung bereit, ohne daß er sich den Verbänden aufdränge oder in übertriebener Weise die Führung an sich riß. Er hat keine Vollmachten verlangt, aber er hat sie auf Grund seiner vorsichtigen Stellungnahme in immer größerem Maße erhalten.

Trotzdem noch keine 50 Proz. der englischen Arbeiter organisiert sind, war die Streikdisziplin so glänzend und die Führung so gut, daß die Front vollständig unerschüttert blieb und die Streiklust der Arbeiter eher zu- als abnahm. Im Streik standen: 960 000 Bergarbeiter, die verschiedenen Transportarbeiterverbände (450 000 Mann), die Bau- und Holzarbeiter (350 000), die Metallarbeiter der Fertigmarenindustrie (400 000) und der Schwerindustrie (150 000), die Sezer (170 000). Der Streikparale ist in diesen Verbänden bis zu 95 Proz. Folge geleistet worden. Zahlreiche Arbeiter, die nicht zum Streik aufgefordert wurden, haben sich angeschlossen. Dazu kommen all die Tausende von Arbeitern, die infolge des Streiks arbeitslos geworden sind.“

Der Kampf wurde am 13. Mai offiziell vom Generalrat, als er seinen Höhepunkt erreicht hatte, abgebrochen, da durch den Vorliegenden der Kohlenkommission ein brauchbarer Vorschlag gemacht worden war, die am 2. Mai abgebrochenen Verhandlungen fortzuführen. Auch die Regierung hatte sich für die Beilegung des Streiks auf der Grundlage, daß er keine schädlichen Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse haben dürfe, eingestellt. Auf diese Versprechungen hin hielten die Gewerkschaftsführer den Zeitpunkt des Abbruchs für gegeben.

Als jedoch die Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen wollten, machten die Unternehmer, vor allem die Druckereien und die Eisenbahnen, Schwierigkeiten und erkannten die Tarifverträge nicht mehr an, legten neue, verschärfte vor und wollten auch nicht wieder alle Arbeiter einstellen. Die Unternehmer taten das Umgekehrte, was die Regierung versprochen hatte. Das war der Anlaß für die betroffenen Gewerkschaften, weinerstreiken zu lassen. Die Arbeiter kamen der Weisung nach und erkämpften sich durch ihre geschlossenen Vorgehen ihre alten Vertragsrechte wieder. Der Anschlag der Unternehmer wurde abgewehrt und erst, als die Gewerkschaften diesen Sieg erfochten hatten, war der vorher offiziell abgebrochene Generalfreie tatsächlich beendet und der allgemeinen Arbeitsaufnahme stand nichts mehr im Wege.

So stand die Situation beim Schreiben dieser Zeilen.

### Wirtschaftliches.

Rückgang der Konurse. Im April ist die Konkursziffer im Reiche stark zurückgegangen. Zum ersten Mal seit einer Reihe von Monaten war dies in dem Ausmaß der Fall. Nach dem Statistischen Reichsamte wurden im April 1926 Konkurse und 923 angeordnete Geschäftsaufsichten bekannt gegeben. Die entsprechenden Zahlen des Monats März 1926 betragen 1871 Konkurse und 1481 Geschäftsaufsichten. Demnach mußte sich in eine gewaltige Besserung des Wirtschaftslagens im April ergeben haben. In einem entsprechenden Rückgang der Arbeits-

Josensjiffen kommt dies jedoch nicht zum Ausdruck. Das arbeitende Volk scheint länger dazu verurteilt zu sein, an der Wirtschaftskrise zu tragen als andere Kreise der Bevölkerung.

**Die Rente des deutschen Industriekapitals.** In der „Gewerkschaftszeitung“ vom 2. Mai befindet sich ein instruktiver Artikel von Gustav Kiemann über die Rente des deutschen Industriekapitals in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. 361 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von über 3 Milliarden Mark konnten für das vergangene Geschäftsjahr eine Summe von 24 105 000 Mark an die Aktionäre verteilen. Es wurden Dividenden von 2 bis 24 Proz. ausgeschüttet, im Durchschnitt 8,8 Proz. Diese Tatsache erbringt den Beweis, daß große Teile der Aktiengesellschaften in einer Zeit der schlimmsten Wirtschaftskrise noch eine hohe Kapitalrente zu verteilen vermögen.

### Von der Keramikindustrie.

**Die Kahl A.-G. und S. Schomburg & Söhne.** Nach dem Bericht über die Aufsichtsratsitzungen der Porzellanfabriken Kahl und S. Schomburg & Söhne A.-G. schließt Kahl mit einem Gewinn von rund 907 000 M. ab. Danach hat sich Kahl ja wieder bedeutend herausgemacht, trotzdem sie auch im Jahre 1925 noch kostspielige Manipulationen gegen einen Teil ihrer Verhältnisse durchführte. Aus dem Gewinnergebnis geht auch hervor, daß die Umstellungen abgeschlossen sind und sich eingepreist haben. Bei S. Schomburg ist das noch nicht der Fall, denn dieses Unternehmen hatte noch einen Verlust von rund 150 000 M. gegen 680 000 M. im Vorjahr auszuweisen. Ein Ausgleich wird dadurch herbeigeführt, daß nach Vorschlag der Verwaltungen aus dem Gewinn von Kahl den aus dem Jahre 1924 vorgetragenen Verlust von rund 417 000 M. zu decken haben. Nach dem Interessengemeinschaftsvertrag hat Kahl aus seinem Gewinn weitere 434 000 M. an Schomburg zu überweisen, so daß für Kahl ein Nettogewinn von 55 000 M. verbleibt, der nach Zahlung von je 6 Proz. Dividende auf die Vorkursaktien für die Jahre 1924 und 1925 und Zuführung von 5 Proz. zum Reservefonds mit 41 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Schomburg bedarf aus dem von Kahl überwiefsenen Gewinn seinen Verlust im Jahre 1925 und den Verlustvortrag von 1924 in Höhe von rund 250 000 Reichsmark und weist hiernach einen Gewinn von 33 000 M. aus. Auch hier sollen je 6 Proz. Dividende auf die Vorkursaktien für die Jahre 1924 und 1925 gezahlt, dem Reservefonds 5 Proz. zugeführt und 27 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. In den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres waren die Werte beider Gesellschaften befriedigend beschäftigt. Auch liegt für die nächste Zeit ein genügender Auftragbestand vor. — Auch dieser Geschäftsbericht zeigt, daß die Werke der Porzellanindustrie im Jahre 1925 wesentlich aufgeholt und befriedigendere Ergebnisse wie 1924 erzielt haben.

**Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen.** Wir brachten in Nr. 19 der „Ameise“ folgende Notiz: Die Sächsische Regierung ließ dem Landtag eine Vorlage zugehen, in den außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1926 einen neuen Titel über 2 210 000 Mark als verzinslichen und rückzahlbaren Betriebsvorschuss an die Porzellanmanufaktur Meißen einzustellen. Ob der Titel genehmigt wird, bleibt abzuwarten, und selbst wenn er genehmigt wird, ist fraglich, ob dadurch die Manufaktur gehalten werden kann. Das ist außerordentlich bedauerlich für die Meißener Manufaktur nicht als trostlos bezeichnet werden kann. Dies geht, heißt es in der Mitteilung weiter, übrigens schon daraus hervor, daß die Bereitwilligkeit des Haushaltsausschusses B der Sächsischen Kammer, den von der Regierung gewünschten Kredit als Betriebskapital zu bewilligen, von der letzteren nicht abgelehnt wurde. Durch den angeforderten Kredit soll nur die kurzzeitige Lücke auf dem Werk lastende Schuld in eine leichter tragbare Schuld umgewandelt werden. Außerdem wurden zum Zweck der Sanierung organisatorische Maßnahmen empfohlen. Sie bürden vorwiegend auf kaufmännischem Gebiet liegen. Vor allem wurde angeregt, vorübergehend eine Herabsetzung der Verkaufspreise vorzunehmen. Regierung und Landtag Sachens sind sich bewußt, daß es eine Kulturaufgabe des Landes ist, die Meißener Manufaktur zu erhalten. — Wir haben in einem besonderen Artikel zum Problem Staatliche Porzellanmanufakturen Stellung genommen und sind der Meinung, daß mit der Empfehlung von organisatorischen Maßnahmen und mit Betriebsvor- und -zuschüssen die Meißener Porzellanmanufaktur in diesem Ausmaß nicht erhalten werden kann.

**Porzellanfabrik W. Rosenthal & Co. Akt.-Ges.** In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. (gegenüber 8 Proz. für das Vorjahr) vorzuschlagen. Der für das Geschäftsjahr 1925 ausgemessene Reingewinn beträgt 474 649 M. (v. B. 544 748) einschließlich Vortrag von 1924 in Höhe von 57 796 M. Der für das Jahr 1925 sich ergebende Gewinnvortrag beträgt 213 235 M. Wie die Verwaltung mitteilt, wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr der Gewinn des Exportes besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hierfür erweist sich eine umfangreiche Organisation als notwendig, die laufend die Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel erfordert. Damit wird auch die vorläufige Dividendenbemessung und der oben angegebene, wesentlich erhöhte Gewinnvortrag für das neue Geschäftsjahr begründet.

**Carl Schumann, Porzellanfabrik A.-G., Arzberg.** Dieses Unternehmen erzielte nach ihrer Bilanz vom 31. Dezember 1925 mit 2 Millionen Mark Aktienkapital einen Gewinn von 78 634,29 Mark. Dem Spezialreservefonds wurden 2000 M., dem Reservefonds 4000 M. überwiesen. An Ertragsabreibungen sind 54 000 M. gebucht, und auf neue Rechnung vorgetragen 624,29 M. Die Gesamtabreibungen betragen 103 181,91 M. Das Ertragskonto ist mit 88 511,05 M., das Debitorenkonto mit 95 093,5 M., das Warenlagerbestandskonto mit 354 447,90 M., das Rohmaterialienkonto mit 188 513,35 M., das Wechselkonto mit 11 411,23 M. und das Passivkonto mit 55 455,01 M. angegeben. Die Kreditoren beziffert sich auf 816 833,08 M. und das Reservefondskonto mit 200 000 M. — Wenn man berücksichtigt, daß die Firma in den letzten beiden Jahren eine umfangreiche Sanierung ohne Fehlschläge durchführen und so Gewinne ausweisen konnte, muß mit dem Porzellan noch ein Heißengeld verdient werden.

**Porzellanfabrik Schomburg A.-G.** Dieses Unternehmen bleibt für das Jahr 1925 dividendenlos. Das befragt nicht etwa, daß die Firma einen schlechten Abschluß erzielte. Wie die Zahlen des Geschäftsberichtes erkennen lassen, wurde ein Reingewinn von 59 154 M. erzielt gegen 150 065 M. im Jahre 1924. Das Warenkonto beträgt 1 134 489 M. (1 088 097 M. im Jahre 1924), das Reservekonto ist von 2357 auf 17 104 M. gestiegen. An Abreibungen wurden 112 500 M. gegen 104 187 M. im Vorjahr vorgenommen. Aus dem Reingewinn fließen 5 Proz. zum Reservefonds und 6 Proz. Dividende erhalten die Vorkursaktionäre. In der Bilanz hat sich das Ertrags- und Beteiligungskonto von 398 320 M. auf 346 639 M., die Kasse von 13 145 auf 6375 M., während gleichzeitig das Wechselkonto von 7456 auf 14 190 M., das Kontokorrentkonto von 646 189 auf 1 093 526 M., das Warenkonto von 541 058 auf 680 847 M., und das Materialkonto von 24 556 auf 299 582 M. stiegen. Hierzu bemerkt die Verwaltung, daß die Lagerbestände erhöht werden mußten, um den Teil der Kundenschaft, der sich infolge Kapitalmangels kein größeres Lager halten kann, innerhalb weniger Tage mit der gewünschten Ware dienen zu können. Während im Vorjahre ein Guthaben bei der Bank von Thüringen in Höhe von 34 846 M. ausgewiesen wurde, weist die Bilanz per Ende 1925

eine Bankschuld von 544 823 M. aus. Auf der Passivseite der Bilanz findet sich ein Hypothekentkonto von 398 700 M., zu dem im Geschäftsbericht bemerkt wird, daß diese Hypothek zur Konsolidierung eines Teils der Verbindlichkeiten aufgenommen wurde. Der Gegenwert erscheint mit unter den Debitoren, da er erst im Anfang des neuen Geschäftsjahres zur Auszahlung gekommen ist. Neu wird auch ein Interimskonto für noch nicht abgerechnete Posten unter den Passiven mit 176 840 M. ausgewiesen, ferner ein Dekrederückstellungskonto mit 22 313 M. und ein Grunderwerbsteuerückstellungskonto mit 15 000 M. Aus der schon genannten Bankschulden sind noch Kreditoren mit 695 031 M. ausgewiesen. Ueber das laufende Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß in den ersten beiden Monaten beschränkt gearbeitet wurde. Nach der Leipziger Frühjahrsmesse konnte der Betrieb in mehreren Abteilungen wieder voll aufgenommen werden. Ueber die weitere Entwicklung könne kein Aufschluß gegeben werden.

**Porzellanfabrik Lorenz Hülshenreuther A.-G., Selb.** Von dieser Firma heißt es: Das Geschäft im Frühjahr ist befriedigend. Seitens des Inlandes wird von den zahlreichen neu-eingerichteten Kaffees viel Porzellan in großen Sähen angefordert; auch der Export hat sich beleben können. Unter üblichem Vorbehalt ist mit einem befriedigenden Ertragsüberschuss für das laufende Jahr zu rechnen.

**Die älteste Porzellanstadt.** In „Beiten und Völkern“ ist zu lesen: Heute nach 1700 Jahren findet man in Ching-The-Chen, der größten und ältesten Porzellanindustrie-Stadt Chinas und der Welt, kaum eine moderne Maschine; jedes Stück Porzellan wird noch mit der Hand oder mit dem Fuß gedreht. Das ist bezeichnend für den konservativen Sinn der Chinesen; aber dieses alte Festhalten an veralteten Methoden ist nur möglich, weil die menschliche Arbeitskraft in China unglaublich billig ist. Ching-The-Chen liegt im Innern Sibiriens, und der Zugang zu ihm ist nur auf dem Fluß möglich. Der Ton, der in riesigen Lagern der Umgebung gefunden wird, Holz und Stroh, die allein zum Feuern der Brennöfen verwendet werden, weil Kohlenfeuerung das Porzellan verfarbt, die tägliche Abfuhr der Fertigerware, deren Wert in die Millionen geht — alles findet auf Booten statt. Schon vor der Stadt fallen die riesigen Schutthügel am Fluß auf, die ganz aus zerbrochenem oder fehlerhaftem Porzellan bestehen, das seit Jahrhunderten hier abgelagert und aufgehäuft wurde. Die Stadt selbst mit ihren 300 000 Einwohnern, von denen zwei Drittel in der Porzellanfabrikation beschäftigt sind, ist ein wimmelnbes Durcheinander von Läden, Fabriken und Wohnhäusern. Jede Fabrik stellt nur eine bestimmte Warenorte her. — Nachdem der Ton sorgfältig gereinigt wurde, wird er von barfüßigen Knaben aknetet. Dann kommen die feuchten Klumpen auf die Töpferscheibe. Sie ist eine uralte, chinesische Erfindung. Der Töpfer hält sie zwischen den Knien, treibt sie mit der Hand an und dreht dann mit unglaublicher Geschwindigkeit und Schnelligkeit alle möglichen Tonformen, und zwar so genau, daß ihre Maße bis auf den Millimeter stimmen. Dann werden die Stücke bemalt, gestempelt und getrocknet. Erst wenn sie trocken sind, werden sie glasiert, und zwar werden sie entweder in die milchähnliche Glasurflüssigkeit eingetaucht oder man bläst ihnen die Flüssigkeit durch ein Bambusrohr auf. Dann kommen sie in den Ofen und werden bei hoher Temperatur 24 Stunden lang gebrannt, keine Ware zweimal und noch öfter. Zu Stücken mit besonderer erlesener Malerei, wie sie z. B. der Staat zu Geschenken an ausländische Fürsten und Gesandten bestellt, braucht der Künstler oft Wochen und Monate. Nun gehen die Kunstwerke, sorgfältig in Reichstroph verpackt, hinaus in alle Welt; aber nur wenige von allen denen, die das vollendete Ebenmaß einer chinesischen Vase bewundern, wissen, wieviel geduldige und mühselige Arbeit in ihr steckt. — Der Bericht klingt in manchen Dingen mehr wie einer über Töpfereibetriebe. Weil er offenbar von einem Nichtfachmann verfaßt ist, lassen sich etwaige Vergleiche mit der europäischen Porzellanindustrie nicht anstellen. Aber immerhin ist es interessant, was über die chinesische Porzellanstadt verbreitet wird.

**Reichsgerichtsurteilung zur Dekorbezeichnung für Porzellan.** Das Landgericht Hof, das Oberlandesgericht Bamberg, und als letzte Revisionsinstanz das Reichsgericht, hatten zu entscheiden, ob die Bezeichnung „Dekor Meißener“ beim Zwiebelmuster auch von anderen als Meißener Fabriken als Kennzeichnung angewandt werden darf. Die Entscheidung des Reichsgerichts fiel so aus:

In Frage kommt allein, ob die sogenannte unlautere Nachahmung nach § 3 WZ vorliegt, der Fall des § 5 also nicht gegeben ist. Maßgebend dafür, ob die Herkunftsbezeichnung zu einem Gattungsnamen geworden ist, ist die Anschauung des Publikums. Das hat das Oberlandesgericht Bamberg erkannt. Für die Frage, ob der Ortsname „Meißener“ Herkunfts- oder Beschaffenheitsangabe ist, ist es nebensächlich, ob das Zwiebelmuster jetzt allgemein gebräuchlich ist. Es ist ganz ausgeschlossen, daß das Publikum, das Meißener Porzellan kaufen will, aus der Bezeichnung „Dekor Meißener“ den Schluß zieht: „Dekor Meißener“ bedeute nur, daß hier eine Nachbildung der Fabrikate

des von der staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen hergebrachten Zwiebelmusters vorliegt. Infolgedessen verliert die Bezeichnung „Dekor Meißener“ gegen § 3 WZ. — Ueber die Bekanntmachung „Meißener Zwiebelmuster“ im Adressbuch der keramischen Industrie zu beurteilen. Dieses Adressbuch wendet sich nur an Fachleute, die sofort erkennen, daß es sich um Fabrikate der Beklagten handelt. Diese Unklarung verleiht somit nicht gegen § 3 WZ.

### Veranstaltungsberichte.

**Berlin-Charlottenburg.** Die Mitarbeiter der Berliner Legenschaft hatte deshalb Bedeutung, weil sie in Anbetracht kommenden Verschmelzung mit den Glasarbeitern gemeinschaftlich im Saale der Staatlichen Porzellanmanufaktur abgehalten wurde. Zu Beginn gab der Vorsitzende Kollege Storch, bekannt, daß die Direktion der Staatlichen Porzellanmanufaktur sich nicht an der Feier beteiligen, dagegen ihre Anschauung ginge. Ferner habe die Direktion verlangt, daß nur Manufakturbeschäftigte mit ihren Angehörigen teilnehmen und daß die Dekoration zur Ausstattung des Saales bezahlt werden müsse. Die Festrede hielt Genosse Wirth der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes. Majestätsanträge die Arbeiterlänger „Männerchor Wobbit“ vor. Die Veranstaltung nahm einen recht günstigen Verlauf und verlief einträglich. Nur eines muß als auffallend bezeichnet werden: In der Manufaktur sah man Leute arbeiten, von denen welche im vergangenen Jahr im Betriebsrat tätig waren und radikale Forderungen, sich aber in diesem Jahr von der Kundgebung brüden Zeiten und Menschen sind eben wandelbar.

**Schmieberg i. Nhb.** Am 23. und 29. April hielt in der Fabrik in Erdmannsdorf und Schmieberg in der Umgebung ab, die sehr gut besucht waren. Es war der Verwaltung gelungen, den Gewerkschaftssekretär Meier-Schmieberg vom Betriebsrat als Referenten zu gewinnen, der in das Thema „Wirtschaftskrisen, deren Ursachen und die Gewerkschaften“ sprach. Der Redner verstand es, in leicht verständlicher Weise den Anwesenden die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise (die Arbeiter in der Krise) klar zu machen. Er mahnte die anwesenden Unorganisierten, sich endlich zu begeben und einzutreten in die Kampfzeilen der freien Gewerkschaften, um so in einer geschlossenen Front den Machtwillen der Unternehmer zu brechen und Vorkämpfer zu werden für die Führung der sozialistischen Wirtschaftsweise. Ein lebhafter Bravo lobte den Redner für seine Ausführungen. (Die Verhandlung der Verschmelzungsfrage erscheint an anderer Stelle dieses Blattes. D. Red.)

Nun kamen betriebliche Angelegenheiten zur Sprache, das größte Interesse erweckten. Der Betriebsratsvorsitzende Kollege Storch, machte den Kollegen bekannt, daß der Betriebsrat in Erdmannsdorf schon wieder mal stillgelegt werden soll, zwar ist das innerhalb von vier Monaten schon das zweite Mal. Die Kollegen und Kolleginnen sollen ebenfalls im Schmieberger Betrieb untergebracht werden. Der Betrieb in Erdmannsdorf, der schon seit Anfang dieses Jahres stillgelegt, soll auch mehr geöffnet werden und werden daher die Arbeiterinnen im Schmieberger Betrieb beschäftigt, zum Schaden der vielen Schmieberger Kollegen, die noch auf der Straße liegen und vergebens warten, daß sie wieder beschäftigt werden. Auf Betriebsratsmitgliedern sowie auf unsere Vertrauensleute hat man ein besonderes scharfes Auge geworfen, um sie dem Willen der Betriebsleitung gefügig zu machen. Daß es auch Betriebsleiter gibt, die nicht auf der Höhe in ihren Leistungen sind, weißt der viele Bruch in den Döfen. Größere und bessere Leistungen liegen allerdings in der Großschmelzbarkeit der Arbeiterschaft gegenüber vor. Wenn die Betriebsleitung aufmerksamer gemacht wird, daß von den niedrigen Akkordpreisen doch keine 10 Prozent abgezogen werden können, so wird man einer Handbewegung erklärt: Das geht mich nichts an, das hat jeder Verband gemacht.“ Dieser Betriebsleiter ist eine vielseitige Kraft: 1. Betriebsleiter, 2. Oberbrenner, 3. Kantinenwart, 4. Versicherungsagent, 5. sah er sich im Geist schon als Direktor, 6. das Mädchen für alles. Sein Hauptzweck ist es, der, die Arbeiterschaft dauernd zu benutzigen und ihr Angst und Furcht einzujagen. Ob die Herren v. Peteny von dem alten Kenntnis haben, glaubt die Arbeiterschaft nicht. In der weiteren Debatte wurden noch verschiedene Wünsche und Beschwerden erwähnt. Besonders wurde betont, daß sich die Behörden nicht mehr als bisher um die Betriebe kümmern müßten, um die Arbeiterschaft nicht verelenden zu lassen. Die Arbeiterschaft will Taten sehen und läßt sich nicht mehr mit schönen Worten abspülen.

### Adressänderungen.

**Annaburg.** Kassierer Gustav Böhme wohnt jetzt Markt (Flügel Wadereistr. 1 Tr.).

**Um Zeit, Mühe und Geld zu sparen**  
werden Inserate nur angenommen, wenn bei Angabe des Textes und der Größe der entsprechende Betrag mit eingesandt wird. Alle Angaben können auf dem Abschnit der Zahlkarte oder der Postanweisung gemacht werden. Preisberechnung siehe am Kopf der „Ameise“.

**Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb**  
Telephon Nr. 112 Kahl (Thür.) Salz-Str. 17  
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerschönste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldscheibe, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/21)

**Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.**  
Gold-Scheideanstalt / Gegründet 1891  
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle  
Reichstes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/21)

Durchaus erfahrener Fachmann im Plattenmachen, Formen und Gießen der Porzellan- und Steingutbranche, solider, gewandter Arbeiter mit 1a Zeugnissen, sucht seine Stellung zu verändern. Zuschriften werden unter „F. 69“ an „Die Ameise“ erbeten.

**Jungen Freidreher**  
sucht „Reba“, Steingutfabrik Frankfurt an der Ober.  
**Erster Glattbrenner**  
für Ofen mit überschlagender Flamme von elektrotechnischer Porzellanfabrik gesucht. Ausführendste Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften sind sofort unter N 24 an „Die Ameise“ einzureichen.  
Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der **Volksfürsorge** Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

**Wir suchen für sofort einen tüchtigen, möglichst ledigen Steingutdreher**  
nicht unter 24 Jahren, der allen Sparten der Dreherei durchaus erfahren ist, über gute Zeugnisse verfügt und an sauberes, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Bei zufriedenstellenden Leistungen wird Oberdreherstelle in Aussicht gestellt. Die Fabrik steht unter deutscher Leitung. Gest. ausführliche Bewerbungen mit Lichtbild an den **H. Arnheimsche Fabrikfabrik Arnheim (Holland)**.  
Gewandter **Schriftenmaler**  
in selbständige Position in Apotheken - Standgefäße (aus Verdienstmöglichkeit) für sofort gesucht.  
**Sante & Kuntel A.-G.**  
Leipzig, Planitzstr. 22.

**Junger, flotter Formengießer**, angelernt auf Porzellan und Gefäßartikeln, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung. Kann eventuell auch als Abgießer arbeiten. Drei Jahre Berufsschule besucht. Angebote bitte unter „F. 71“ an „Die Ameise“ zu richten.

**Tüchtiger, gelernter Kapseldreher**, verh., in Druck und Bieredkapellen, sowie in allen anderen vorkommenden Arbeiten firm, sucht Stell. Selbiger ist an saub. u. flott. Arbeit gewöhnt. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote unter „F. 71“ an „Die Ameise“ erwünscht.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edw. Henninger, Charlottenburg I, Brabstr. 2-5. — Berlin: Wilh. Herben, Charlottenburg I, Brabstr. 2-5. — Druck: E. Sanisawski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.